

# Offener Brief an die Geschäftsführung

der Verlagsgruppe M. DuMont Schauberg, z.Hd. Herrn Heinz Kiegeland,  
der dd\_vg, z.Hd. Herrn Jens Berendsen  
und DuV, z.Hd. Herrn Karlheinz Kroke

**Sehr geehrte Herren,**

die Übernahme der Mehrheitsanteile durch den Verlag M DuMont Schauberg (MDS) am Druck- und Verlagshaus (DuV), Verlag der Frankfurter Rundschau, weckt Hoffnung in vielen Teilen der Belegschaft, des ver.di-Vertrauensleutekörpers und beim Betriebsrat. Dass die Mehrheitsbeteiligung durch MDS im Rahmen eines langfristigen Engagements geplant ist, aber auch schon einige Druckaufträge für das Druckhaus in Neu Isenburg langfristig gesichert sind, bestätigt die Erwartung vieler Beschäftigter. Wir freuen uns darüber, dass die Frankfurter Rundschau eine unabhängige links-liberale, überregionale Tageszeitung bleiben soll.

Die Hoffnung wird aber im Keim erstickt durch die Angst um Arbeitsplätze, Einkommen und menschliche Arbeitsbedingungen. Schlagworte aus der Geschäftsführung aller beteiligten Unternehmen, wie „Offensive 2008“, „Einigkeit über ein deutliches Kostensenkungsprogramm“, „das kann sich das Haus nicht mehr leisten“, „wir müssen natürlich marktübliche Preise bieten“ etc. verstärken dies.

Der Sprecher von MDS, Heinz Kiegeland, wird in der FAZ vom 18. Juli 06 mit den Worten zitiert: „Bisher wurde es in Frankfurt versäumt, auf der Kostenseite konsequent gegenzusteuern, das müssen wir jetzt nachholen“.

**Das zeigt, dass die Führung von MDS nur unvollständig informiert ist.**

Daher möchten wir Sie darauf hinweisen, dass im DuV seit Jahren „saniert“ wird. Dabei wurde die Belegschaft von etwa 1600 im Jahre 2000 auf heute ca 750 Mitarbeiter verringert. Alle Beschäftigten des DuV verzichten seit vier Jahren auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld, übertarifliche Leistungen wurden überall radikal gestrichen. Das Arbeitstempo erhöhte sich bei Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Einzelne Mitarbeiter und ganze Gruppen leisten kostenlose Mehrarbeit. Das alles ergibt eine Einbuße zwischen 15 bis 20 Prozent des Jahreseinkommens. Alles in allem dürfte der Sanierungsbeitrag der Belegschaft in den letzten Jahren bei weit über 30 Millionen Euro liegen.

Dagegen lassen die nach wie vor besorgniserregenden Kennzahlen der Geschäftsberichte ein erfolgversprechendes Geschäftskonzept nicht erkennen. Weder ist es gelungen, das Anzeigengeschäft spürbar zu beleben, noch sind wirklich ertragreiche Geschäftsideen in anderen Bereichen zu erkennen.

Im DuV hat sich beim Nachdenken über Sanierung der Blick der Verantwortlichen offenkundig allein auf die Arbeitsplätze und das Einkommen der Mitarbeiter gerichtet.

Das ist der Belegschaft, dem ver.di-Vertrauenskörper und dem Betriebsrat zu wenig. Wir sind nicht die Melkkühe, die über Jahre hinweg die Versäumnisse der Leitung ausgleichen kann. Höhere Preise, Steuern, Gebühren und Lebenshaltungskosten muss die Frankfurter Rundschau Belegschaft trotz allem auch aus ihrem Geldbeutel bezahlen. Wir fordern Sie daher auf, ein durchdachtes tragfähiges Konzept vorzulegen, das nicht aus den Taschen der Mitarbeiter finanziert werden muss.

„dd\_vg. und MDS erklären, in den Verkaufsgesprächen sei eine solide Vertrauensbasis für die Zukunft entstanden“, heißt es in Ihrer Presseerklärung. Wenn Sie an einem solchen Vertrauensverhältnis auch zum Betriebsrat und der Belegschaft interessiert sind, sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass für uns die Grenze der Belastbarkeit längst erreicht ist.

**Wir fordern daher:**

- **Keine Betriebsbedingten Kündigungen**  
**Einhaltung des Haustarifes**
- **Nach Auslaufen des Haustarifvertrages**  
**Rückkehr zu den Flächentarifverträgen**
- **bei menschlichen Arbeitsbedingungen**

**Das wäre eine rundum gute Botschaft für alle Beschäftigten der FR**

*Für den Betriebsrat und ver.di Vertrauenskörper im Druck- und Verlagshaus*

**Ingrid Eckert**

*Betriebsratsvorsitzende*

Frankfurt/M. – Neu-Isenburg den 27.Juli 2006